



Medienmitteilung

Initiative von GastroSuisse «Schluss mit der Mehrwertsteuer-Diskriminierung des Gastgewerbes!»

Breite Unterstützung aus Freiburger Politikern

Am kommenden 28. September wird das Stimmvolk darüber befinden müssen, ob es bei einem Mehrwertsteuersatz bleiben will, der vom Bezugsort abhängt. Dieser Satz variiert heute zwischen 2,5 % bei Take-away-Verpflegung und 8 % beim Verzehr vor Ort. Die politischen Parteien sind auf diese Widersinnigkeit aufmerksam geworden und die schreiende Ungerechtigkeit hat sie nicht unberührt gelassen. Wie auch anderswo in der Schweiz stösst die Initiative von GastroSuisse im Kanton Freiburg auf eine breite politische Unterstützung, was für den Abstimmungsausgang nur Gutes bedeuten kann.

So haben sich im Verlauf der letzten Woche drei wichtige politische Parteien im Kanton Freiburg zu diesem Thema geäussert. Die Freiburger Liberalen haben der Initiative von GastroSuisse mit grosser Mehrheit zugestimmt. Dasselbe gilt auch für die Freiburger SVP, bei der sogar von einer regelrechten Flutwelle von Initiativbefürwortern gesprochen werden kann. In den Rängen der Freiburger CVP fiel die Entscheidung knapper aus, aber auch letztere entschied sich schlussendlich für ein Ja. GastroFribourg ist glücklich über diese Resultate und begrüsst die politische Klugheit dieser drei grossen Parteien. Im Gegensatz zu den Eidgenössischen Räten und dem Bundesrat haben diese erkannt, dass es unangebracht ist, in ein und derselben Branche für identische Leistungen zwei unterschiedliche Sätze anzuwenden und dass diesem Widerspruch ein Ende gesetzt werden muss.

Im Zuge der Bestrebungen von GastroSuisse hat sich auch GastroFribourg stark an der Kampagne beteiligt. Dies nicht nur, indem sie ihre Mitglieder sensibilisiert und sie dazu ermutigt hat, sich an die Urnen zu begeben und ihre Kundschaft zu überzeugen. Auch intensives Lobbying bei den politischen Parteien und den Wirtschaftskreisen gehörte zum Engagement von GastroFribourg. Offensichtlich hat diese Arbeit bereits ihre Früchte getragen. Trotzdem wird sie bis zum schicksalhaften Datum des 28. Septembers weitergeführt. Denn die Gegner der Initiative genießen sich nicht Argumente zu verbreiten, die ebenso fadenscheinig wie trügerisch sind.

Zur Unterstützung der Kampagne wurde ein umfangreiches Werbedispositiv erstellt. Dieses hebt alle guten Gründe hervor, weshalb die Bürger ein Interesse daran haben, ein Ja in die Urne zu legen. Dabei wird abermals die krasse Ungerechtigkeit hervorgehoben, welche aufgrund der aktuellen Gesetzgebung zwischen den traditionellen Restaurants und den Take-aways herrscht. Die wirtschaftliche Bedeutung des Gastgewerbes, welches jedes Jahr 210'000 Arbeitsplätze liefert und 9'000 Lernende ausbildet, muss ebenfalls berücksichtigt werden. Im Weiteren ist darauf hinzuweisen, dass die Initiative von GastroSuisse keine Privilegien verlangt. Sie fordert schlicht und einfach die Gleichbehandlung gleichartiger Leistungen. Was die mutmasslichen Steuerausfälle anbelangt, welche als Schreckgespenst heraufbeschworen wurden, so handelt es sich dabei um eine blosser Schätzung des Bundesrates. Die Unterstützung der obenerwähnten Parteien zeigt, dass diese



Argumentation nicht stichhaltig ist. Ausserdem darf nicht vergessen werden, dass nie die Rede davon war, den Warenkorb oder die Grundnahrungsmittel anzutasten. Wichtig ist auch zu beachten, dass sich GastroSuisse bereits heute dazu verpflichtet, das Referendum zu ergreifen, falls die Initiative angenommen würde und der Gesetzgeber die schlechte Idee hätte, die Grundnahrungsmittel stärker besteuern zu wollen.

Freiburg, 08. September 2014

Kontakt: Muriel Hauser, Präsidentin von GastroFribourg, 079 275 19 70